

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt“

Erstausgabe: Freitag, 22. Juli 1922, 6 Uhr abends.
Verlagsschloß: Frankfurt a. M., Nr. 7405.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntags.
Verlagsschloß: Frankfurt a. M., Nr. 7405.

Bezugspreis: Vom Verlag bezogen: M. 30.—, durch die Ausgabestellen bezogen: M. 31.—, durch die Träger des Blattes bezogen: M. 37.— monatlich. — Bezugsbestellungen nehmen an: der Verlag, die Ausgabestellen, die Träger und alle Postanstalten. — In Fällen höherer Gewalt, Betriebsstörungen oder Streiks haben die Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung des Blattes oder Erstattung des entfallenden Entgelts.



Anzeigenpreis: Erstmalige Anzeigen M. 5.—, Fortsetzung M. 3.—, Anzeigen M. 7.—, auswärtige Anzeigen M. 7.—, örtliche Anzeigen M. 12.—, auswärtige Anzeigen M. 18.— für die einseitige Anzeigensfläche oder deren Raum. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen entsprechende Nachlässe. — Schluss der Anzeigenannahme für beide Ausgaben: 10 Uhr vormittags. — Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Berliner Abteilung des Wiesbadener Tagblatts: Berlin SW. 61, Büchergasse 12, Fernsprecher: Amt Moritzplatz 15300.

Samstag, 22. Juli 1922.

Abend-Ausgabe.

Nr. 337. • 70. Jahrgang.

Der Befund.

Von entscheidender Bedeutung für das Zustandekommen und die Bedingungen des Moratoriums, das Deutschland von der Reparationskommission erbeten hat, ist bekanntlich der Bericht, den das Garantiekomitee dieser Kommission über die Resultate seiner Berliner Studien erstatten wird. Es verlautet heute, daß noch einige Tage bis zur Fertigstellung dieses Berichtes vergehen werden, aber schon jetzt weiß die französische Presse übereinstimmend die allgemeinen Grundlinien vorzusagen, auf denen er sich bewegen wird. Das Komitee hatte in Berlin vier Studientage eingelegt, über die Einnahmen, die Ausgaben, die Kapitalflucht und die Statistik. Entsprechend gliedert sich auch der Bericht in vier Abschnitte, und man kann sagen, daß er im großen und ganzen sehr günstig ausgefallen ist, vorausgesetzt, daß die Nachrichten stimmen.

Um zunächst von der wenigst wichtigen Frage, der Frage der Statistik, zu reden, sei verzeichnet, daß die Kommission angibt, keinem ersten Widerstand von deutscher Seite begegnet zu sein. Das ist selbstverständlich, denn an sich ist hier eine Identität des deutschen und ausländischen Interesses gegeben. Die Statistik ist eine der wichtigsten Hilfsmittel jeder Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir hatten in Deutschland vor dem Kriege eine ausgezeichnete Statistik, aber während des Krieges und nach ihm ist sie eingestanden. In der Tat hat die Devisenspekulation schon manchen ungünstigen Einfluß auf den Markkurs ausgeübt und in Deutschland selbst hat es an Versuchen nicht gefehlt, sie auf gesetzgeberischem Wege einzuschränken. Besonders wirksam waren diese Versuche nicht und sie brachten Schädigungen des legitimen Handels mit sich, die recht unerwünscht waren. Das Garantiekomitee hat jetzt noch einmal eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation vorgeschlagen.

Bezüglich der Kapitalflucht ist sich das Garantiekomitee offenbar selbst klar darüber, daß eine vollständige Verhinderung nicht möglich ist. Es scheint aber diesmal den Begriff „Kapitalflucht“ noch weiter gezogen zu haben als früher, indem es nämlich nicht nur die tatsächliche Abwanderung deutschen Vermögens in fremde Länder, sondern auch den Austausch deutscher Währung in fremde Zahlungsmittel darunter verstanden hat, mit anderen Worten: Die Devisenspekulation. In der Tat hat die Devisenspekulation schon manchen ungünstigen Einfluß auf den Markkurs ausgeübt und in Deutschland selbst hat es an Versuchen nicht gefehlt, sie auf gesetzgeberischem Wege einzuschränken. Besonders wirksam waren diese Versuche nicht und sie brachten Schädigungen des legitimen Handels mit sich, die recht unerwünscht waren. Das Garantiekomitee hat jetzt noch einmal eine Reihe von Maßnahmen zur Bekämpfung der Devisenspekulation vorgeschlagen.

Was die Ausgaben anbelangt, scheint das Komitee zu dem Schluss gelangt zu sein, daß wesentliche Ersparnisse nicht durchführbar sind. Das ist, wenn die Nachricht auf Richtigkeit beruht, ein außerordentlich wichtiges Urteil, denn ein großer Teil der Ausgaben wider Deutschland basierten auf der Behauptung, daß das Reich eine Verwunderwirtschaft treibe. Es hat ja sogar in Deutschland, auf Seiten der Opposition, nicht an Stimmen gefehlt, die dieser Behauptung mit großem Lärm Nachdruck zutragen. Es ist charakteristisch, daß die fremde Kommission nach eingehenden Studien dieser Beschuldigung der eigenen Landsleute nicht beipflichten konnte und daß sie zu der Ansicht gelangte, daß die deutsche Ausgabenwirtschaft keineswegs eine verschwenderische ist.

Auch bezüglich der Einnahmen entfernt sich das Komitee ziemlich deutlich von den propagandistischen Beschuldigungen. In Frankreich, aber auch in anderen alliierten Ländern, ist oftmals behauptet worden, die deutschen Steuererlöse seien nicht streng genug, ja, sie seien sogar milder als die Gesehe in einigen alliierten Ländern. Das Garantiekomitee ist nicht dieser Ansicht. Es hält die bestehenden Gesehe für sehr hoch und tritt nicht für eine weitere Steigerung ein. Aber es erklärt, daß die bestehenden Gesehe wenigstens richtig durchgeführt werden müßten, daß es notwendig sei, die ausgesetzten Steuern auch gewissenhaft einzuziehen. Damit ist — es hat keinen Zweck, sich Täuschungen darüber hinzugeben — neuerlich die alte Anklage aufgegriffen, daß Teile der deutschen Bevölkerung, die auf sie entfallenden Steuerlasten nicht gelegentlich tragen. Und diese Teile der Bevölkerung sind

offenbar auch keine Leistungsträger. Das Großkapital, die Industrie und der Handel. Wir haben keinen Anlaß, zu verhehlen, daß dem auch nach der Meinung breiter Schichten in Deutschland selbst wirklich so ist; und daß diese Schichten es für ein Gebot sozialer Gerechtigkeit halten würden, diese ungleichenmäßige Steuerentlastung endgültig zu verhindern. Allerdings hat sich auch hierfür bisher, ebenso wie auf dem Gebiete der Kapitalflucht, noch kein praktisch durchführbares Zwangsmittel gezeigt!

Der Bericht des Garantiekomitees.

W. T. B. Paris, 21. Juli. Nach dem „Temps“ wird der Bericht des Garantiekomitees über seine Tätigkeit in Berlin bereits am Samstag kommenden Woche der Reparationskommission übergeben. Er enthält Auseinandersetzungen über die Berliner Verhandlungen und ihre Ergebnisse, weitens über die Haltung der deutschen Regierung in diesen Verhandlungen, die deutsche Wirtschaftslage und Finanzlage, die Ursachen der Marktenwertung und die etwaigen Gegenmaßnahmen usw.

Nach dem „Journal des Debats“ soll der Vorsitzende des Garantiekomitees, M. A. de la Motte, heute vormittags der Reparationskommission ein kurzes Exposé über seinen Bericht abgeben haben.

Der Auswärtige Ausschuss über die Finanzkontrolle.

Br. Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Über die Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichstages, der sich mit den Forderungen der Garantiekommision befaßt, berichtet das „8 Uhr-Abendblatt“ folgende Einzelheiten:

In dieser Sitzung las der Brief des Garantiekomitees an den Reichskanzler im vollen Wortlaut vor und wurde nach einigen einleitenden Worten des Vorsitzenden des Ausschusses Dr. Stresemann vom Reichsfinanzminister nochmals kurz erläutert. In der darauffolgenden Debatte stellte sich heraus, daß die meisten Mitglieder des Ausschusses der Meinung waren, daß die Verhandlungen der Regierung mit der Garantiekommision noch nicht abgeschlossen seien und erst nach Fortsetzung der Ausschüsse abgeschlossen werden. Mit einiger Abweichung hat man daher im Ausschuss davon Kenntnis genommen, daß die Verhandlungen vollkommen abgeschlossen sind. Die Debatte war ziemlich lebhaft. Von den Deputierten wurde mehrfach die Forderung der Unabhängigkeit der Reichsbank und der Reichsregierung gegen die Kontrolle der Reparationskommission hervorgehoben. Auch der Reichskanzler trat im Laufe der Debatte das Wort zu einer kurzen Erklärung.

Die deutschen Kohlenlieferungen.

W. T. B. Paris, 22. Juli. Die Reparationskommission hat in ihrer gestrigen Sitzung das Lieferungsprogramm Deutschlands an Kohle für den Zeitraum August-Oktober dieses Jahres festgestellt. Man verlangt 1725 000 Tonnen und zwar darunter 720 000 Tonnen Koks. Falls sich in den betreffenden drei Monaten die deutsche Kohlenförderung auf über 8 300 000 Tonnen stellt, sollen von dem überhöht 20 Prozent außer den genannten 1725 000 Tonnen geliefert werden.

Die Ausführung des Wiesbadener Abkommens.

W. T. B. Paris, 22. Juli. Der konsultative Ausschuss für die Sachlieferungen hat gestern unter dem Vorsitz des Ministers für die befreiten Gebiete getagt. Der Minister erläuterte die Bedingungen, unter denen seine Verwaltung die Ausführung des Wiesbadener Abkommens kontrollieren werde, um Mißbräuche zu verhindern. Hinsichtlich der etwaigen Schädigung der Interessen der Industrie sowie des Schutzes der Rechte der Einzelnen. Der Ausschuss hat alsdann die Frage des Sollrealismus behandelt. Man hat sich grundsätzlich auf einen Spezialtarif geeinigt, der in kurzer Frist angewendet werden soll unter dem Vorbehalt späterer Abänderung. Der Minister will mit dem konsultativen Ausschuss in Zukunft bleiben und hat eine neue Sitzung in 14 Tagen anberaumt, um über die ersten Ergebnisse der Ausführung des Wiesbadener Abkommens zu berichten und um nötigenfalls Maßnahmen zu treffen, die sich aus der Praxis ergeben könnten.

Die Verwendung der Sachlieferungen.

W. T. B. Paris, 21. Juli. Der Senator Gouge hat, wie Sappas mitteilt, auf einen Brief an den Minister der öffentlichen Arbeiten, in dem die vorläufige Verwendung der deutschen Sachlieferungen für die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete verlangt wird, vom Minister eine Antwort erhalten, in der es heißt:

Der interministerielle Ausschuss zur Prüfung des Planes der öffentlichen Arbeiten hat mit aller Deutlichkeit festgestellt, daß die Verwendung der deutschen Sachlieferungen und der deutschen Arbeiter auf dem alliierten französischen Gebiete nach den Versprechungen und unmittelbaren Lieferungen an die befreiten Gebiete als eine letzte Möglichkeit zu betrachten ist, von Deutschland Reparationen zu erhalten. Ich erinnere Sie daran, daß nach Auffassung der Regierung die großen öffentlichen Arbeiten, die im ganzen Lande durchgeführt werden sollen, auf alle Fälle als Vorrat für die Anleihe zu dienen haben, deren Kapital für den Wiederaufbau unserer zerstörten Gebiete verwendet werden soll.

Die Neuwahl des Reichspräsidenten.

Br. Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Wie der Berliner Volksanwähler hört, beabsichtigt die demokratische Fraktion einen Antrag einzubringen, die Amtsperiode des Reichspräsidenten um 3 Jahre zu verlängern. Die demokratische Fraktion hat sich bereits mit der bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft in Verbindung gesetzt. Voraussetzungen werden das Zentrum und die Deutsche Volkspartei den demokratischen Antrag unterstützen.

Das Memorandum des Garantiekomitees.

Br. Berlin, 22. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Dem der deutschen Regierung vom Garantiekomitee übergebenen Memorandum über die durch das Garantiekomitee gewünschten Nachprüfungen, über die Unterdrückung der Kapitalflucht und über die von der deutschen Regierung aufzufüllenden Statistiken entnehmen wir:

Einnahmen und Ausgaben:

1. Beim Reichsfinanzministerium werden zwei Vertreter der ständigen Delegation des Garantiekomitees besonders akkreditiert werden, von denen der eine sich insbesondere mit den Ausgaben, der andere mit den Einnahmen des Reiches befassen wird.

2. Jeder von ihnen wird besonders mit den ausländischen Staatssekretären im Reichsfinanzministerium in Verbindung stehen.

3. Die deutsche Regierung wird durch Vermittlung dieser Delegierten monatlich dem Garantiekomitee nachfolgende Schriftstücke zur Kenntnisnahme übermitteln:

a) den Entwurf des Reichshaushaltsplans für das nächste Staatshaushaltsjahr. Dieser Entwurf wird zu gleicher Zeit wie dem Reichstag mitgeteilt werden;

b) alle Gelebenswünsche fiskalischer Art;

c) jeden Antrag auf einen Nachtragsschritt zu den im Haushalt vorgesehenen Krediten;

d) jede Entscheidung des Reichsfinanzministers;

e) Abschriften der monatlichen Kassenausschlüsse;

f) in regelmäßigen und bestimmten Zeitabständen eine Mitteilung über die vom Erbschaftsminister, der nach einer kürzlichen von der Reichsregierung getroffenen Entscheidung befreit werden soll, erzielten Ergebnisse;

g) zu gleicher Zeit wie den Landesfinanzministern Abschriften der Verordnungen (Realembles), durch die die Veranlagung und Erhebung irgend einer Steuer geregelt wird.

4. Die Delegierten und ihre Vertreter werden in beständiger Verbindung mit den betreffenden Stellen des Reichsfinanzministeriums die notwendigen Auskünfte erhalten, die für das Komitee notwendig sind, um in voller Kenntnis der Sachlage zu urteilen. Die Steuerprojekte, die Veranlagungen der Steuererklärungen, die Verwendung der Ausgaben nach dem Haushaltsentwurf.

5. Die Delegierten müssen außerdem diejenigen Maßnahmen kennen lernen, welche die Zentralverwaltung zu treffen beabsichtigt, um das Funktionieren der Steuererhebung und des Rechnungswesens sicherzustellen.

6. Die Delegierten und ihre Vertreter haben besonders die Aufgabe, sich davon zu vergewissern, daß ohne Beeinträchtigung der unabhängigen Stellen keine Änderung erfolgt ist, welche die im laufenden Haushalt vorgesehenen Kredite überfordert.

7. Die Delegierten werden ferner, soweit es sie angeht, über die Arbeiten und Ergebnisse des Buch- und Betriebsprüfungsamtes unterrichtet werden.

Nachprüfungsamt:

8. Das Garantiekomitee hat davon Kenntnis genommen, daß die deutsche Regierung demnach einen der Zentralverwaltung angegliederten besonderen Nachprüfungsamt schaffen wird, der dazu bestimmt ist, die dem Reichsfinanzministerium nachgeordneten Dienststellen zu inspizieren. Von Zeit zu Zeit können die Delegierten oder ihre Vertreter auf ihr Ersuchen die inspezierenden Beamten dieses Nachprüfungsamtes zum Zweck der Vornahme von Stichproben begleiten. Der oben genannte Nachprüfungsamt soll am 1. November 1922 in Tätigkeit treten. Zur Aufgabe des Garantiekomitees gehört es, Maßnahmen zu treffen, die es ihm ermöglichen jederzeit den genauen Stand der künftigen Schuld zu kennen und sich Rechenschaft zu geben über die Zahlungsmittel, die das Reichsfinanzministerium zur Deckung seiner Ausgaben verwendet.

Kapitalflucht:

Im Verlaufe der von der deutschen Regierung in der Note vom 23. Mai 1922 gemachten Zusage haben die deutschen Delegierten mit dem Garantiekomitee die Frage der Bekämpfung der Kapitalflucht beraten. Sie haben dem Komitee als Programm der geplanten Maßnahmen Richtlinien mitgeteilt, die bestimmt sind, die gegenwärtig in Geltung befindliche deutsche Gesetzgebung zu vervollständigen sowie Vorläufe zu Ausführungsbestimmungen der vorerwähnten Richtlinien. Das Garantiekomitee hat sich mit diesem Programm einverstanden erklärt. Man hat sich darüber verständigt, daß die deutsche Regierung das Erforderliche zur Ausführung dieser Maßnahmen in der nachfolgend bekannt gegebenen Fassung im Laufe dieses Jahres veranlassen wird.

(Es folgen dann ganz ausführliche Richtlinien für gesetzgeberische Maßnahmen zur Ergänzung des deutschen Kapitalfluchtgesetzes, die sich teilweise auf bankrechtliche Fragen beziehen, und weiterhin ganz detaillierte Vorläufe zu Ausführungsbestimmungen für zu ergänsende gesetzgeberische Maßnahmen.)

Statistik des Außenhandels.

Die monatliche Statistik über Aus- und Einfuhr wird durch vierteljährliche Veröffentlichungen über den Handel Deutschlands mit den 12 Staaten vervollständigt werden, die im Jahre 1921 die meisten Handelsbeziehungen zu Deutschland gehabt haben. Das statistische Reichsamt wird monatlich der Delegation des Garantiekomitees eine Übersicht über die Ausfuhr, getrennt nach Kategorien, in Auslandsdeuten und in Mark übermitteln. Die deutsche Regierung soll die periodischen Veröffentlichungen gesammelt mit einer dreimonatlichen Übersicht über die metallurgische Produktion ins Auge fassen und ebenso Maßnahmen ergreifen, damit die jährlichen Statistiken über die Produktion in der metallurgischen Industrie schneller als gewöhnlich veröffentlicht werden. Die deutsche Regierung wird alle erforderlichen Anstrengungen machen, um die Statistik über die Veranlagung der Haussteuer dem Komitee in möglichst kurzer Frist mitzuteilen.

Das Schreiben des Garantiekomitees an den Reichskanzler.

Das der Moratoriumsnote beigegeben ist, hat folgenden Wortlaut:

„In Ausführung der ihm von der Reparationskommission erteilten Aufträge und auf der Grundlage

Die Demonstrations-Ausschreitungen des 4. Juli vor dem Stadtparlament.

Abkündigung der U. S. P.-Anträge. — Erhöhung der Wasser- und Lichtpreise. — Die Wertzuwachssteuer auf Grundstücke und Häuser.

Wiesbaden, 22. Juli.

Die Stadtverordneten waren gestern zur Beratung einer recht reichhaltigen Tagesordnung eingeladen. 23 Punkte standen auf der Tagesordnung. Drei Punkte sind wegen ihrer Bedeutung besonders hervorzuheben: Erhöhung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität, Entwurf einer Ordnung, betr. Erhebung einer Wertzuwachssteuer, und die Anträge und Entwürfe der U. S. P., betr. die Vorgänge am 4. Juli in Wiesbaden, geschäftlich der Demonstration zum Schutz der Republik. Die Aussprache über diese drei Punkte war sehr lebhaft und manchmal auch sehr heftig.

Die Erhöhung der Tarife für Wasser, Gas und Elektrizität

wurde vom Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses, beschlossen. Die ganz unbedeutende Erhöhung der Kohlenpreise, der Gehälter und Löhne wogte zu dieser Erhöhung, die, wie folgt, ausfällt: Wasser von 2,85 M. auf 4 M., Gas von 5 M. auf 7,50 M., elektrischer Lichtstrom von 10 M. auf 15 M. und Kraftstrom auf 9 M. für den Kubikmeter bzw. die Kilowattstunde. Von sämtlichen Rednern und allen Parteien wurde die einschneidende Wirkung, die diese Erhöhung vor allem für die ärmeren Schichten nach sich zieht, nicht verkannt. Doch hat man angesichts der Erhöhung der Materialkosten keinen anderen Weg, als die Erhöhung der Tarife. Der Magistrat wurde gebeten, den Leuten, die die Preise nicht bezahlen könnten, nur nicht einfach die Möglichkeit zu nehmen, Gas und Elektrizität zu verbrauchen, sondern ihnen zu helfen. Der Magistrat legte dies zu, betonte aber, daß die Gas- und Elektrizitätswerke die Bedürfnislosigkeit nicht prüfen könnten, da dies eine große Belastung für sie bedeuten würde, sondern daß die Preise, die nicht in der Lage wären, ihre Rechnungen zu bezahlen, sich an das Fürsorgeamt wenden sollten, das ihnen dann ein Bedürfnistheilschein stellen würde. Die vorgenommene Abstimmung über die Erhöhung der Tarife ergab die Zustimmung gegen die Stimmen der äußersten Linken. — Über den

Entwurf einer Ordnung, betr. Erhebung einer Wertzuwachssteuer.

berichtete Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses, die Verordnung, betr. den Wertzuwachs von Grundstücken und Häusern durch eine Steuer von 15 Prozent zu belegen. Dieser Vorschlag vernimmt sich aber, wenn der Haus- oder Grundstücksbesitzer einen gewissen Zeitraum in dem Besitz derselben ist. Die Beratung bzw. die Aussprache der einzelnen Parteien zu diesem Entwurf ergab zwei entgegengesetzte Standpunkte. Der eine wurde vom Stadt. Rat, namens der demokratischen Fraktion, vertreten und ging dahin, daß wohl das Spekulationswesen im Haus- und Grundstücksbesitz sehr stark erfaßt werden müßte, daß aber ein Unterschied gezogen werden müßte zwischen Spekulation und langjährigem Besitz, der das Haus bisher mit Liebe und manchmal auch mit Zuschüssen verwaltet hat und durch die Geldentwertung gezwungen ist, es zu verkaufen, um weiter existieren zu können. Er hätte keine Auffassung mit einem Erlaß des preußischen Ministers Severing. Zum Schluß seiner Ausführungen beantragte er, die Ordnung noch einmal an den Magistrat zurückzugeben, damit sie entsprechend seinen Ausführungen umgeändert werde. Der entgegengesetzte Standpunkt wurde von der gesamten Linken und auch im Namen des Magistrats vom Beigeordneten Borrmann vertreten. Er wollte die Steuerordnung zur Annahme bringen, weil die Praxis gezeigt habe, daß die Steuer doch niemals vom Verkäufer getragen würde, sondern vom Käufer. Im wesentlichen soll heute die aber auch nicht nur der Spekulant, dem sie allerdings besonders trifft, sondern auch der langjährige Hausbesitzer bezahlen, denn zu Zeiten der Geldentwertung seien Häuser mit einer meist im Vergleich zum Wert des Hauses geringen Anzahlungsumme gekauft worden. Der Rest wurde durch Darlehen aufgebracht. Jetzt zu Zeiten der Geldentwertung würde die Hypothek aber nur im Papierwert zurückgezahlt und den gesteigerten Wert des Hauses, auf dem doch eigentlich die Hypothek, die zumeist größer war, als die Anzahlungsumme des Hausbesitzers, auch ein Recht hätte, belaste nur der Hausbesitzer. Gegenüber der Forderung, daß sich kein Anlagekapital dadurch um das 10fache vermehrt habe, wäre es doch berechtigt, wenn eine Steuer von 15 Prozent erhoben würde. Zu diesen beiden Auffassungen stellte Stadt. Rat, Rat (Ditt. Volksp.) einen Vermittlungsantrag, der dahin lautet, die Verordnung gegenüber Haus- und Grundstücksverkäufen, bei denen der Verkäufer erst seit 1918 im Besitz derselben ist, in Kraft zu setzen, während die Umwertung gegen Personen, die schon vor 1918 in dem Besitz derselben waren, noch einmal geprüft und eventuelle Härten beseitigt werden sollen. Die Linke beantragte namentliche Abstimmung. Sie ergab mit 22 gegen 21 Stimmen die Annahme des Antrags Rade.

Die Anträge der Stadtverordneten der U. S. P.

1. Wer hat die Anordnung gegeben, der Polizei anläßlich der Demonstration am Dienstag, den 4. Juli, zwei hundert Autos zur Verfügung zu stellen? Ist dies mit Einwilligung des Magistrats geschehen?
2. Welche Maßnahmen ergreift der Magistrat, um die Bürger vor dem unverantwortlichen Vorgehen der Polizei zu schützen?
3. Den bei der Demonstration Beschädigten sowie Verletzten sind die entstandenen Kosten, wie ärztliche und Krankenhausbehandlung, Lohnausfall sowie die Verdienstverluste aus händischen Mitteln zu zahlen.
4. Die Straßennamen, welche von Ruten und Pfählen durchlöcherig sind, sind der heutigen Zeit entsprechend umzuändern.

berurteilt Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses (U. S. P.). Er gab zu Beginn seiner Rede einen ausführlichen Überblick über die Entwicklung der Verhältnisse seit 1914 und ging dann näher auf die Vorgänge in Wiesbaden ein. Die erste Demonstration wäre vollständig ruhig verlaufen. Auch bei der zweiten Demonstration wäre dies geschehen, wenn nicht durch das unverantwortliche Vorgehen der Polizei die Erregung geschaffen worden wäre. Den unteren Polizeibeamten sei deswegen nicht ein Vorwurf zu machen, denn diese seien, nach dem Material, das der Redner erhalten haben will, schon 8 Tage vorher von ihren Korrekturen klar gemacht worden. Die Behauptung, daß die Polizei mit Steinen und Eisenstücken beworfen worden sei, müsse der abschaffen, der die Dinge selbst gesehen hat. Der Redner verzichtete sich dann über den angeblichen nächtlichen Sturm auf das Polizeipräsidium. Die Absicht, hierzu hohe Überzahl nicht bestanden und sei auch nicht im kleinsten Maße irgendwelche Ausschreitungen vorgefallen. Die Polizei habe durch ein Gitter von der verbleibenden Menge getrennt werden, befanden sich also sogar außer Reichweite. Als der Wasserstand ansehnlich wurde, wandten sich schon alle zur Flucht und trotzdem hätte man blindlings hinterher geschossen. Denn, unter denen, die ein solches

Urteil abgegeben hätten, seien nicht mehr übrig, ihre Bösen zu verwalten. Die Linke werde nichts unversucht lassen und bei den deutschen Stellen dahin wirken, daß der Polizeipräsident und der Regierungsrat aus ihren Stellen entfernt werden.

Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses (U. S. P.). Die Polizeibeamten, die bei der Demonstration am 4. Juli in Wiesbaden vor dem Stadtparlament erschienen, seien zwar zu verurteilen, aber man müsse sich auch mit der Volkspolizei vertraut machen und dürfe hier nicht fast ein Urteil fällen. Bei Ausschreitungen waren es eben andere Schichten, die getrieben wurden, und da fand man Worte zur Entschuldigung. Warum wendet man sie nicht auch in diesem Fall an? Durch die Ermordung Dr. Rathenau sei eben eine ungeheure Erregung in die Volksmenge getragen worden, und außerdem hatte man 3 1/2 Jahre Zeit gehabt, die betreffenden Schichten zu entfernen.

Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses (U. S. P.). Verlas nachstehende Erklärung, welche die Deutsche demokratische Partei gemeinsam mit den übrigen Parteien bis zur Deutschen Nationalen Volkspartei unterzeichnete:

Die Fraktionen hatten eine Erklärung der Vorgänge bei den Demonstrationen in der Stadtverordnetenversammlung für nicht angebracht, zumal das Ergebnis über die von der Staatsanwaltschaft eingeleitete Untersuchung noch nicht vorliegt. Die Fraktionen sind der Meinung, daß die Entschädigung der ohne eigene Schuld bei den Demonstrationen Beschädigten grundsätzlich dem Reich obliegt. Es ist aber nichts dagegen einzuwenden, wenn in Notfällen vom Magistrat Vorschüsse geleistet werden. Sie lehnen die Abänderung der historischen Straßennamen ab. Bei noch nicht angelegten Straßen kann eine Änderung der in Aussicht genommenen Namen durch eine besondere Kommission erfolgen.

Stadtverordneter Schulte erklärte namens des Magistrats, daß die Polizei das Recht hat, Lastautos zu beschlagnahmen, wenn sie glaubt, sie zu gebrauchen, um die öffentliche Ordnung aufrecht zu erhalten. Ein Einmarschrecht des Magistrats bestünde hier nicht. Die Angelegenheit bezieht sich ausschließlich auf die Staatsanwaltschaft, die sich ausschließlich bei, aber der Schuldigen an den Vorgängen zu wenden ist, darnach richtet sich der Magistrat mit seinen zu treffenden Maßnahmen. Aus dem Bericht der Staatsanwaltschaft ging hervor, daß der Polizeipräsident, Polizeipräsident und Regierungsrat keine Schuld an den Vorgängen triffe, sondern die Isolation der einzelnen Demonstranten liege, gegen die auch gerichtliche Vorverfahren werden wird. Es sind bereits die Namen einiger Beschädigten festgestellt. In Bezug auf die Entschädigungssache würden vom Magistrat gern im Bedarfsfall die erforderlichen Kosten wiederbezahlt werden. Die Verdienstverluste und die Vermietung des Grabes der beiden Verstorbenen erlegenen Anklage habe die Stadt bereits übernommen. Weitere Forderungen zu bewilligen, wie Lohnausfall usw., komme nicht in Frage. Die Umbenennung der Straßen, so weit sie historischen Namen besitzen, könne nicht blindlings erfolgen. Solche Namen, die historische Bedeutung haben, müßten unbedingt bestehen bleiben, während die anderen abgeändert werden könnten. Zu diesem Zweck könnte die Namensbenennungskommission erweitert werden.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wurde angenommen. Nach einem Schlußwort des Stadt. Rat, namens des Finanzausschusses (U. S. P.) schritt man zur Abstimmung. Sie ergab unter großer Unruhe der gesamten Linken die Ablehnung der gestellten Anträge.

Im übrigen wurden in der Stadtverordnetenversammlung noch folgende Punkte angenommen: Bewilligung eines Zuschusses von 200 000 M. für die Restauration des im neuen Museum in Wiesbaden im Herbst 1922. Erhöhung des bisherigen Betrags für die landwirtschaftliche Schule auf 100 000 M. Die Anschaffung eines Motorboots zur Überfahrt nach dem Schiersteiner Strandbad im Sommer von 175 000 M. Bewilligung von 10 Millionen Mark für die Beschaffung eines Dampfkessels für das händische Elektrizitätswerk. Bewilligung von 55 900 M. für die Erhaltung bestehender Licht- und Heizungsanlagen in den Schulen. Wiesbaden, im Rathaus usw., und 265 000 M. für die Ergänzung des Mobiliars und Ausbesserung häuslicher Arbeiten in den Schulen und im Museum. sowie 126 585 M. für bauliche Veränderungen und Mobiliarbeschaffung für das Stadttheater.

Angenommen wurden ferner die Auswahlschritte über den Verkauf einer händischen Bauplatzfläche am Schlachhof. Über den Verkauf zweier Grundstücke in der Gemartung Schierstein den Verkauf eines händischen Bauplatzes Ede Hilde- und Bodenstraße, den Verkauf von 8 Wohngebäuden der Kriegensmittenstraße Wiesbaden, den Verkauf eines Biegeleisengrundstücks in der Gemartung Schierstein für 1 200 000 M., den Verkauf zweier Grundstücke Ede Rheingauer- und Riedricher Straße für 42 600 M. und den Verkauf einer händischen Bauplatzfläche an der Schönen Aussicht für 8800 M. Die automatische Aufbesserung der Dienstbezüge der händischen Beamten entsprechend der jeweiligen Dienstbezüge der Reichs- und Staatsbeamten, wurde ebenfalls angenommen, da jede Gemeinde verpflichtet ist, ihren Beamten dieselben Gehälter, wie sie die Staatsbeamten bekommen, zu bezahlen. Eine jeweilige Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung erfolgt hat dadurch. Die Kommission zur Verwaltung der Freizeiteinrichtungen im händischen Amt hat sich aus folgenden Herren zusammen: Für den Daniel Stadt. Rat, Rat (Dem.), das Bauamt Sander (Dem.), die Beamten Rathenau (Zentr.), die Privatangehörigen Hildebrandt (Soz.) und für die Arbeiter Frau Dietrich (Soz.). Die Kommission zur Prüfung der Vorschläge für die Reorganisation der Verwaltung hat sich außer dem Fraktionsvorsitz jeder Partei noch aus den Herren Pfeffer (Soz.), Komack (Dem.), Dr. Freytag (Ditt. Volksp.) und Komack (Zentr.) zusammen. Die Auswahl einer Armen- und Waisenpflegerin hat auf Frau Buchholz, Schellstr. 4. Die übrigen Punkte der Tagesordnung und noch inzwischen eingegangene Angelegenheiten werden an die einzelnen Ausschüsse verwiesen. — Schluß gegen 1/2 Uhr.

— Gaspreis- und Automatenwertminderungen. Auf die diesbezügliche Bekanntmachung des Magistrats im Anzeigenteil machen wir mit dem Hinweis aufmerksam, daß die Wertminderung außer Kurs gesetzter Gaswertminderungen verfallen ist. Der Umsatz der außer Kurs gesetzten Wertminderungen kann bis zum Sonntag, den 22. d. M., an der Kasse der Wasser- und Lichtwerke, Friedrichstraße 12, erfolgen.

— Erhöhung des Bierpreises. Wie wir hören, werden seitens der Brauereien ab Montag, den 24. Juli, auch in Wiesbaden die Bierpreise um 300 M. pro Hektoliter, bzw. 3 M. pro Liter, erhöht, nachdem im ganzen Gebiet der ehemaligen norddeutschen Brauereigenossenschaft die gleiche Erhöhung bereits am 17. d. M. in Kraft getreten ist.

— Wasser-, Gas- und Strompreis- und Lichtwertminderungen. Infolge der Geldentwertung sind der Wasser- und Lichtwerten gewaltige Wertminderungen entstanden, die durch Erhöhung der Wasser-, Gas- und Strompreise ausgeglichen werden müssen.

Wie schon im Bericht über die Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, betragen die ab Verbrauchsmessung Juli 1922 bis auf weiteres für Trink- und Kuchwasser 4 M., für Gas 7,50 M. je Kubikmeter, ferner für Lichtstrom 15 M. und für Kraftstrom 9 M. je Kilowattstunde.

— Besondere Beförderung von Kartoffeln und Getreide. Das Reichsverkehrsministerium macht darauf aufmerksam, daß vom 13. September ab die Kartoffeln neben Getreide bevorzugt vor allen anderen Gütern abgefördert werden und daß, falls sich im Herbst eine Wagenlade einstellen sollte, was wahrscheinlich ist, mit einer Beförderungssperre solcher Güter gerechnet werden muß, deren Transport in den Sommermonaten durchgeführt werden kann. Hierzu würden nach Mitteilung des Reichsverkehrsministeriums insbesondere auch die händischen Düngeartikel gehören, um so mehr, als während der Sommermonate ein erhöhter Frachttarif für den Transport von Kaff. eingeführt worden sei, um einen Anreiz auf die Interessenten zu einem beschleunigten Abtransport solcher Güter während der Sommermonate auszuüben. Da die Düngeartikel während der Sommermonate auszuweisen, kann die Düngeartikel im Interesse der Allgemeinheit und ihrer leicht nicht dringend genug an den Tag gelegt werden, wenn Düngeartikel sofort zu bestellen, um so mehr, als die Lieferungen nicht immer prompt bei Bestellung eintreffen können.

— Nachmals die Ferienzüge nach dem Wald. Unter Bezugnahme auf unsere Notiz vom 17. d. M. teilte uns der Vorstand des händischen Bezirksvereins mit, daß ein Volksfest, der die von der Eisenbahnverwaltung veranlaßte Sicherstellung durch Hinterlegung von 5000 M. zu leisten bereit war, geschlossen hatte, in der Person des Herrn G. Redemann, in Firma Adolf Barth. Leider hat sich dann bei der Verhandlung mit der Direktion ergeben, daß die betreffende Summe täglich verlangt wurde, was aus dem obigen Schreiben nicht klar hervorgeht. Unter diesen Umständen glaubte der händische Bezirksverein Herrn Redemann von seinem Vorhaben absehen zu müssen, was uns nicht hindert, ihm für sein freundliches Angebot unseren Dank auszusprechen.

— Gebt den Kindern Sonne. In unseren Kindern liegt unsere Zukunft. Für ihre Gesundheit zu sorgen, ist eine der höchsten Aufgaben. Bei Kindern muß dabei das Ziel sein, den Körper und Geist zu stärken und widerstandsfähig zu machen gegen seine Feinde, und bei Kindern muß nach Belieben geübt werden. Aber wie, das ist die Frage! „Gebt den Kindern Sonne!“, ist eine Antwort darauf, und dieses Thema hat sich seit 13 der „Deutsche Jugend“ für Kinder, Mädchen, zum Motto gesetzt. Der Leiter der Kinderheilstätte Schiedau Dr. med. Kurt Kiere, weist darauf hin, daß auch in Deutschland der Jugendverderber für unerbittliche Kinder bestraft. Dr. Friedrich Höbl schreibt über „Die Rangen der Stadt“. Dr. Bruno Randerer schreibt unter dem Titel „Jugendbewegung“ die Selbstverleumdung der Jugend. Beiträge von Hans Frei („Fremdwörter am Rand“), Schuldirektor Bernhard Res („Schwermetalle“), Dr. med. W. Schweinsberger („Wohin im Sommer“) vervollständigen den letzten Teil. Der künstlerische Teil der reich illustrierten Nummer liegt in den Händen von namhaften Künstlern.

— Der Streit bei der Wagh- und Schließgesellschaft. Wie uns von Seiten der Wagh- und Schließgesellschaft mitgeteilt wird, sind die Einigungsverhandlungen mit der Direktion gescheitert.

— Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt. Von Schreit uns: Die neuzeitliche einactierten Leistungen der Köln-Düsseldorfer Dampfschiffahrt, vom 20. Juli ab ihre Fahrten in der gemischten Fahrt um 10. in der Schnell- und Expressfahrt um 20 Prozent zu erhöhen. Dagegen werden andererseits am gleichen Tage ab in Köln und Bonn ermäßigte Rückfahrpreise zum oberbayerischen Tarifpreis herausgegeben, die nur an Werktagen und am Tage der Fährten ab Köln für alle Stationen ab Koblenz, ab Bonn für alle Stationen des Rheinhafens gelten.

— Das Goldschmied. Vom 20. Juli bis einschließlich 1. August beträgt das Goldschmied 10 400 vom Hundert.

— Der Stand der Weinberge im Rheingau. Aus dem Rheingau wird uns geschrieben: Nachdem die Blüte der Reben einen raschen und gleichmäßigen Verlauf genommen hatte und unbedeutenden dem Heumarkt keine Zeit gelassen war, Schaden anzurichten, konnte die weitere Entwicklung sich günstig gestalten, und heute ist der Rebschaden so portell, daß er nur noch gering ist. Man soll den Tag nicht vor dem Abend loben, und zu einem guten Rebschaden gehören, einem guten Sommerfrucht zu Folge, dreizehn gute Monate, aber da man nicht zu sagen vermag, wie es bis zum Herbst noch wird, so kann doch jetzt vom gegenwärtigen Stande gesagt werden, daß er ausreicht, um einen Teil der Ernte zu versichern. Dabei zeigen sich Dürre und Verunreinigungen zwar, durch unvorhergesehenes Wetter auch bedingt, aber bis jetzt doch nicht so, daß man Befürchtungen zu haben braucht, einmal auch die Rebschaden durch Schweiß und Ernte vorläufig durchgemittelt wurde und immer wieder erneuert wird. Jetzt müssen die Ernte geerntet werden, und eine Hauptarbeit ist das Entfernen des ungenutzten Laubwerks. Gegen die Rebschadenvermehrung hat man in Elbside mit einer Rebschadenvermehrung Stellung genommen, dochgehend, daß den Rebschaden von Rebschaden in Tagen und Gemartungen, in denen das Vorhandensein der Rebschaden festgestellt wurde, das Betreten der Rebschaden innerhalb der Gemartung Elbside verboten wird. Mit der Rebschaden ist eben nicht zu lachen, und wer die Rebschaden, die in früheren Jahren schon die Schäden in Leistungen, A. anrichtete, gesehen hat, der wird kein Aufsehen über nicht unterschätzen. — Im rheinischen Weinreich ist es ruhig. Ein und wieder kommt ein Aufsehen auf, im Rheingau sind die Schäden gestiegen und 1921er ist vor anmorden. Früher Wein aus noch letzten anzuweisen. Schließlich verkaufen die Rebschaden nicht immer gern, sondern neigen dazu, die vorhandenen geringen Rente festzusetzen. Die Forderungen für den Wein sind sehr hoch.

— Rantzenzucht. In der Haltung und Züchtung der Rantzenzucht werden die Herren Jäger und Jägermeister von Wiesbaden und Umgebung zu einer Besprechung am Sonntag, den 23. Juli, um 10 Uhr, im Restaurant „Zum Tannen“, Rantzenstraße 2, zur Förderung einer Gruppe Wiesbadener des Reichsverbandes Deutscher Jägerzucht eingeladen.

— Vorbereitungen über Rantzen, Rantzen und Verwandtes.

• Opern- und Konzerte in Wiesbaden. Sonntag, den 23. Juli, „Hannover“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 24. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 25. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 26. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 27. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 28. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 29. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 30. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 31. Juli, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 1. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 2. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 3. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 4. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 5. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 6. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 7. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 8. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 9. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 10. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 11. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 12. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 13. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 14. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 15. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 16. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 17. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 18. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 19. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 20. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 21. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 22. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 23. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 24. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 25. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 26. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 27. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 28. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 29. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 30. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 31. August, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 1. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 2. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 3. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 4. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 5. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 6. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 7. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 8. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 9. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 10. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 11. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 12. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 13. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 14. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 15. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 16. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 17. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 18. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 19. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 20. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 21. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 22. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 23. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 24. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 25. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 26. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 27. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 28. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 29. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 30. September, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 1. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 2. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 3. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 4. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 5. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 6. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 7. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 8. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 9. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 10. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 11. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 12. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 13. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 14. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 15. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 16. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 17. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 18. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 19. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 20. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 21. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 22. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 23. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 24. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 25. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 26. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 27. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 28. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 29. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 30. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 31. Oktober, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 1. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 2. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 3. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 4. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 5. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 6. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 7. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 8. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 9. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 10. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 11. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 12. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 13. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 14. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 15. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 16. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 17. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 18. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 19. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 20. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 21. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 22. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 23. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 24. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 25. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 26. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 27. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 28. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 29. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 30. November, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 1. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 2. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 3. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 4. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 5. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 6. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 7. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 8. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 9. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 10. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 11. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 12. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 13. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 14. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 15. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 16. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 17. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 18. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 19. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 20. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 21. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 22. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 23. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 24. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Montag, den 25. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Dienstag, den 26. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Mittwoch, den 27. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Donnerstag, den 28. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Freitag, den 29. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Samstag, den 30. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr. Sonntag, den 31. Dezember, „Der letzte Walzer“, Hof. 7 1/2 Uhr.

Feurio

Die
Haushaltseife
mit 80% Fett,
ganz trocken,
daher die
Sparsamste.

VEREINIGTE
SEIFENFABRIKEN STUTTGART
STUTTGART - UNTERFÜHRINGEN

Café Ritter – Unter den Eichen

(Endstation der blauen Linie)

Angenehmster und kühler Aufenthalt im Walde!

Diners ab 12 Uhr.

Soupers.

Reichhaltige Tages- und Abend-Karte.

Täglich ab 4 Uhr: **Café-Konzert.** Ab 8 Uhr: **Unterhaltungsabend im Freien.**

Gaspreiserhöhung für Automatengasabnehmer.

Durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften ist der Gaspreis vom laufenden Verbrauchsmonat ab von 5 Mk auf 7.50 Mk je Kubikmeter erhöht worden. Die im Umlauf befindlichen Wertmüssen werden deshalb sofort außer Kurs gesetzt. Ihre Einlösung zum bisherigen Preise von 5 Mk je Stück wird aber noch in der Zeit vom Samstag, den 22., bis einschließlich Samstag, den 29. d. M., durch die Kasse der Wasser- und Lichtwerke, Friedrichstraße 13, während der Vormittagsdienststunden bis 12 Uhr erfolgen.

Die Benutzung der außer Kurs gesetzten Wertmüssen für den Gasbezug ist verboten. Zuwiderhandlungen sind strafbar und werden verfolgt.

Wiesbaden, den 22. Juli 1922.

F 279

Der Magistrat.

Erhöhung der allgemeinen Tarifpreise für Wasser, Gas und Elektrizität.

Durch Beschlüsse der städtischen Körperschaften ist der allgemeine Tarifpreis für Wasser und Gas, sowie Licht- und Kraftstrom, mit dem Verbrauchsmonat Juli 1922 beginnend, erhöht worden, u. zwar:

1. für Trink- u. Nutzwasser auf 4 Mk je Kubikmeter;
2. für Gas auf 7.50 Mk je Kubikmeter;
3. für Lichtstrom auf 15 Mk je Kilowattstunde;
4. für Kraftstrom auf 9 Mk je Kilowattstunde.

Wiesbaden, den 22. Juli 1922.

F 279

Der Magistrat.

Die zum Umbau des Fernsprechanstalt im Postgebäude in Wiesbaden erforderlichen

1. Manierarbeiten (Angebotsfrist 12.50 Mk.),
2. Stützen- u. Trägereisen (Angebotsfrist 2.50 Mk.),
sollen öffentlich verdingt werden.

Termin 12. August 1922, 12 Uhr mittags. Angebote, soweit Vorrat, von der Bauabteilung der Oberpostdirektion, Zimmer 201, erhältlich, wo auch die Angebote mit entsprechender Bezeichnung kostenfrei bis zu dem angegebenen Termin einzureichen sind.

Ankündigungsfrist: 10 Tage

F 252

Frankfurt (Main), den 14. Juli 1922.

Der Ober-Postkammerant.

Benachrichtigung.

Zufolge Auftrags des Amtsgerichts, Abteil. 2, zu Wiesbaden, werden auf Antrag der Herz-Jesu-Kirchengemeinde dahier die im Grundbuch Biedrich, Band 98, Blatt 1747, eingetragenen Grundstücke, lfd. Nr. 1, 2, 4, 5, 6 u. 7, zul. 47 Nr. 31 Am. halt.,

Montag, den 31. Juli 1922, nachmittags 4 Uhr, in dem Rathaus dahier, Stadtverordneten-Saal, öffentlich freiwillig versteigert. Die Bedingungen liegen in der Amtsstube des Unterzeichneten Rathaus dahier, Zimmer 45, vormittags von 10½–12 Uhr, zur Einsicht offen.

Die nahe bei der Waldstraße gelegenen Grundstücke bilden eine geschlossene Pflanzung mit daraufstehendem Gebäude (frühere Bethalle) und eignen sich zur Anlage einer Gärtnerei und für einen Lagerplatz usw.

F 222

Biedrich, den 12. Juli 1922.

Das Amtsgericht: Pant, Vorsitzender.

Benachrichtigung.

Die öffentliche Versteigerung der Plätze zur Aufstellung der Schau- und Verkaufs- usw. Buden zu der am 6., 7. und 13. August d. J. stattfindenden Kirchweide findet am 25. d. Mts., nachm. 2½ Uhr beginnend, im Rathaus hier statt.

Die Bedingungen werden im Termin bekanntgegeben.

F 223

Dohheim, den 6. Juli 1922.

Der Bürgermeister: des. Sporthorst.

Am Montag, den 24. ds. Mts., vormittags 10 Uhr, wird die Gemeinde Dohheim wegen Aufgabe des Fuhrwerksbetriebes im Hof des Gemeindehauses, Wiesbadener Straße 3, an der evangelischen Kirche, folgende Sachen öffentlich, meistbietend, gegen Barzahlung versteigern:

1 dunkelbrauner Wallach, Hannoveraner Rasse, 1 große und 1 kleine Rolle, 1 großer und 1 kleiner Wagen, 1 Schnepfkarren, 1 Schlammbwagen, 1 kleiner Pottwagen, 1 Hackmaschine, Pflugkarren, Ackerpflüge, Egge sowie sonstiges Ader- u. Pferdegeschirr.

Die Versteigerungsbedingungen werden im Termin bekannt gegeben und können vorher während der Dienststunden im Rathaus, Zimmer 5 eingesehen werden.

Dohheim, den 18. Juli 1922.

F 223

Der Gemeindevorstand:
Sporthorst, Bürgermeister.

Brillanten, Perlen, Gold-, Silber-, Platin-Gegenstände
wie: gold. Uhren, Ketten, Armbänder
kauft zu Weltmarktpreisen
Geighals, Webergasse 14.

Taunus-Restaurant

Wiesbaden: (Taunus-Hotel). Rheinstraße 19–21.

Spezial-Ausschank des echten vortreffl. Radeberger Pilsners.

Diners.: Sämtliche Delikatessen der Saison.: Soupers.
Gut assortierte Weinkarte. — Konzert der Kapelle Janowsky.

Taunus-Künstler-Klausen.

— Ausschank der Original Bols- und Hülstcamp-Liköre. —
Allabendlich künstl. Darbietungen d. Herrn Victor v. Schenk.

Café-Restaurant Panorama-Waldfrieden!

Entstetion Dohheim Panoramaweg—Weilburger Tal. Tel. 8203.


Wiener Kaffee

und bekannt feinsten Kuchen.

Wiener Küche.: Prima Ausschankwein.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC

NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.

Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer.

Etwa wöchentliche Abfahrten von

HAMBURG NACH NEW YORK

Auskünfte und Drucksachen durch

HAMBURG-AMERIKA LINIE

HAMBURG und deren Vertreter in:

WIESBADEN: Reisebüro der

Hamburg-Amerika-Linie, Taunus-

straße 11. Fernruf 3543. F 301

MAINZ: Reiche Klarastraße 10.

Korbmöbel

aller Art, Weide und
Beech, eigene Anfertigung.
empfehlen J. Nothen.
Kösterberg 9.



berühmt verlässend
Goldsignif
happelfarth, gerieben,
in Wappstein und Drucken

Manifure!

Doris Bellinger,
Schwalbacher Str. 14. 2.
am Residenz-Theater.

Uchtung!

Berlaufe neue u. getrag.
Anzüge, Smoking,
Fräse, Schupfer sowie
einz. schwarze und ge-
streifte Hosen u. Westen.
Gute u. billige Bedienung
nur bei **A. Rohr**,
14 Kösterberg 14, Baden



Donnerstag, den 27. Juli 1922

8 Uhr, im großen Saale:

Gastspiel des berühmten russischen Theaters

Kikimora

Volkszenen, Volkstänze, Volkslieder,
Balalaika-Orchester, Zigeunerchor etc.
unter Mitwirkung des

Städtischen Kurorchesters.

Gesamtleitung:

Oberregisseur **Dr. Vermeil.**

Orchesterleitung: **Heinrich Forter**
von den Moskauer Kammerspielen.

16 Künstler.

Eintrittspreise: 100, 80, 60, 40, 25, 15 Mk.

Garderobergebühren: 2 Mark. F 274

Städtische Kurverwaltung.

Männergesangsverein Union & V.

Samstag, den 20. Juli, pünktlich 8 Uhr abends:

Außerordentliche Mitgliederversammlung

im Vereinslokal „Germania“ Helenenstr.

Um vollständiges Erscheinen wird gebeten. F 270

Der Vorstand.

Männer-Turnverein (Gängechor).

Sonntag, den 23. Juli:

Picknick
auf der Nonnentrift.

Männergesang-Verein „Friede“.

Morgen Sonntag, den 23. d. M., nachmitt.

4 Uhr, in sämtlichen Räumen der „Alostermühle“:

Sommerfest mit Tanz.

Für Unterhaltung, Kinderpiele usw. ist bestens gesorgt.

Zum zahlreichen Besuch ladet sämtliche Mitglieder,

Freunde und Gönner des Vereins freundlichst ein

Der Vorstand.

NB. Mittwoch, den 26. d. M.: Ord. General-

versammlung im Vereinslokal Helenenstr. 27. Solls.

Erscheinen der Mitglieder erwünscht. D. D.

Gängechor des Turnvereins.

Sonntag, den 23. Juli 1922:

Familien-Ausflug nach Kloppenheim

Gasthaus „Zum Engel“ (Mitglied Bed.)

Unterhaltung, Tanz. F 284

Es ladet hierzu freundlichst ein Der Obmann.

Amerikanische Familie

sucht Privatwohnung

von 4 oder 5 Zimmern und Küche, möbliert
oder unmöbliert für längere Zeit. Offerten
unter J. 595 an den Tagbl.-Verlag.

Wohnung und Direktion

findet alleinl. fer. Kaufmann (mit eig. Mobiliar) in
moderner Villa Garten, durch Fabrikgründung. Nur
Herren, welche über größere, greifbare Kapitalien ver-
fügen, wollen sich melden. Offerten unter A. 589
an den Tagbl.-Verlag.


Schneeweiß

wascht

Seifenpulver Schneekönig.

